

Angesichts der prekären Situation auf dem Basler Lehrstellenmarkt drängen sich Massnahmen auf. Die bis jetzt bekannt gewordenen Bestrebungen zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen sind begrüßenswert. Daneben muss aber auch der Staat als wichtiger Arbeitgeber „sich selbst in die Pflicht nehmen“.

Der Kanton Basel-Stadt bildet zur Zeit 267 Lehrlinge aus. Angesichts von fast 14'000 Vollstellen ist dies eine zu geringe Ausbildungsquote, auch wenn die Verhältnisse beim Kanton nicht direkt mit der Privatwirtschaft vergleichbar sind, werden doch zum Beispiel im Gesundheitsbereich oder in der Pädagogik zahlreiche junge Menschen ausgebildet, die nicht als Lehrlinge in der Statistik erscheinen. In den letzten Jahren wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, um das Lehrlingswesen im Kanton zu vereinheitlichen und um neue Lehrstellen zu schaffen. So stieg zum Beispiel seit der Einführung der neuen kaufmännischen Grundausbildung 2002 die Anzahl kaufmännischer Lehrstellen von 40 auf 59 im Jahr 2004 und auf Sommer 2005 wurden weitere 6 Lehrstellen geschaffen. Doch insgesamt besteht bei der Lehrstellensituation im Kanton noch immer Handlungsbedarf.

Es braucht einen Effort. Auf Lehrbeginn 2006 soll der Kanton Basel-Stadt 50 neue Lehrstellen schaffen, davon ein namhafter Teil für leistungsschwächere Jugendliche im Bereich der Attestausbildungen und in weniger anspruchsvollen dreijährigen Lehren. Der Ausbau an Lehrstellen musste bisher von den einzelnen Departementen aus dem laufenden Budget finanziert werden. Um den jetzt nötigen Effort leisten zu können, braucht es zusätzliche Finanzmittel. Die einzelnen Dienststellen sind unter dem aktuellen Spardruck nicht in der Lage die nötige Anzahl Lehrstellen zu schaffen.

Es besteht ein Lehrstellennotstand. Die betroffenen Jugendlichen sind auf rasche Lösungen angewiesen, damit sie nach ihrer Schulzeit eine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Auch der Kanton soll seinen Teil zur Verbesserung der Lehrstellensituation leisten, dies auch im Sinne eines guten Beispiels vis à vis der Privatwirtschaft.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, wie in der kantonalen Verwaltung auf Lehrbeginn 2006 50 zusätzliche Lehrstellen, insbesondere für weniger qualifizierte Jugendliche, geschaffen werden können und wie die dafür benötigten zusätzlichen Finanzen bereit gestellt werden können.

Heidi Mück, Rolf Häring, Urs Müller, Doris Gysin, Gisela Traub, Martin Lüchinger, Katharina Herzog, Hans-Peter Wessels, Maria Berger-Coenen, Michael Wüthrich, Sibel Arslan, Oswald Inglin, Hasan Kanber, Gülsen Oeztürk, Mustafa Atici, Talha Ugur Camlibel, Hansjörg Wirz, Anita Lachenmeier-Thüning, Dieter Stohrer, Ruth Widmer